

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM, payalisch Beleggebühr. Die abgelaufenen Nummern kosten 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote, Briefetal-Bote, Briefetal-Bote 8 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die monatliche Postgebühr kostet 28 Pfennig, die Restpost 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechender: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Nr. 44.

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Donnerstag, den 18. März 1926

Postfachkonto: Berlin 62 448.

25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Beginn der Jagd auf Wildenten.

Für den Regierungsbezirk Potsdam beginnt die Jagd auf Wildenten im Jahre 1926 an dem gesetzlichen Termine. (1. Juli 1926) Birtenwerder, den 17. März 1926.

Der Amtsvorsteher. J. W. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Zur Nachschaffung der im schließlichen Verkehr bereitgehaltenen Messgeräte erfolgt im hiesigen Gemeindevorsteheramt in der Zeit vom 22. bis 26. März d. J. ein Verkauf von Messgeräten.

Die Nachschaffung ist das Restaurant Bobdenjer, am Bahnhof, hierauf in Aussicht genommen. Zur regelmäßigen Nachschaffung ihrer Messgeräte sind alle Gewerbetreibenden verpflichtet, die etwas nach Maß oder Gewicht ein- oder verkaufen. Dahin gehören auch Großhandlungen, Brennereien, Zuckerfabriken, Konsumvereine, landwirtschaftliche Betriebe, Molkereien, Mühlenbesitzer, fabrikmäßige Betriebe, in denen zur Ermittlung des Arbeitslohnes Maße, Gewichte und Waagen angewendet werden. Insbesondere auch Landwirte, die Vieh oder landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Maß oder Gewicht verkaufen. Ferner Personen, die aus der Schlachtvieh-, Viehwirtschaft, dem Obst- und Gemüsebau usw. einen Erwerb ziehen. Ebenso unterliegen der Nachschaffung die in den Schlachthäusern und in den Packstuben der Schlächter und Wäcker vorhandenen Waagen und Gewichte, wozu auch die Schmelzwaagen gehören.

Solche Nachschaffungstage werden alle 2 Jahre nur einmal abgehalten. Es liegt deshalb im Interesse aller am schließlichen Verkehr Beteiligten, von dieser Einrichtung recht ausgedehnten Gebrauch zu machen.

Da die Anwesenheit des Ehepartners nur von kurzer Dauer sein kann, wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei ungenügender Beteiligung die Ehegatten abgehört werden müssen und die Beteiligten ihre Messgeräte dem staatlichen Eichamt in Berlin, Brunnenstraße 57 vorzulegen haben, wenn sie sich bei den polizeilichen Maß- und Gewichts-Revisionen vor Strafe schützen wollen. Gewerbetreibende und Landwirte, die der Nachschaffungspflicht nicht nachkommen, setzen sich der Verhaftung mit Buße bis zu 100 Mark aus; die nicht nachgeschafften Gegenstände werden eingezogen, vernichtet oder unbrauchbar gemacht.

Die Einlieferung der Messgeräte hat vom 22. bis 24. d. Mts. in der Zeit von 8^{1/2} bis 11 Uhr vormittags zu erfolgen. Am letzten Eichtage, den 25. d. Mts., werden Einlieferungen nicht mehr angenommen.

Die Eintragung der Gebühren erfolgt bei der Ausgabe der fertigen Messgeräte.

Die Messgeräte müssen geordnet gereinigt vorgelegt werden.

Arbeitsnachweis.

Mit Rücksicht auf die dauernd steigende Arbeitslosigkeit in der hiesigen Gemeinde bitte ich alle Arbeitgeber dringlich, den Bedarf von Arbeitskräften sich an den hiesigen Arbeitsnachweis, Rathaus, Zimmer 25, zu wenden.

Birtenwerder, den 17. März 1926.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Als zugelassen gemeldet ein Kaninchen, als gefunden ein Quammball für Autopumpen.

Bergfelde, den 17. März 1926.

Der Amtsvorsteher. Vors.

Was gibt es Neues?

Am heutigen Mittwoch soll in Genf die entscheidende Vollversammlung des Völkerbundes stattfinden.

Reuendings erhebt auch Rumänien Anspruch auf einen Ratssitz.

Der belgische Außenminister Vandervele ist im Zusammenhang mit der belgischen Währungsreform erkrankt worden, nach Brüssel zurückzuführen.

Der preussische Staatsrat wird am 18. April zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammenzutreten.

Der Deutsche Ostbund wendet sich in einem Telegramm an den Reichskanzler (scharf) gegen einen polnischen Ratssitz.

Im preussischen Gemeindefussball erkrankte der Abwehrmann Kutner am Dienstag einen Teilbericht über die bisherigen Verhandlungen.

Die Regierung von Costa Rica hat wegen des Höhenabwinklungs eine dreitägige Rationaltour angeordnet.

Verwechslung das Bäumelein!

Der Völkerbund ist noch jung, kaum schulspflichtig. Kein Wunder deshalb, daß man sich bei den Verhandlungen in Genf in einen Kindergarten verwechelt glaubt. Mit dem Eigensinn von Kindern beharrt jeder auf seinem Kopf, und schnell ist man mit der Drohung bei der Hand: „Ich spiele nicht mehr mit.“ Jetzt ist man sogar dazu übergegangen, die Ratsträger „Spielzeug“ zu heißen, und zwar soll das alte Kinderspiel „Verwechslung, verwechslung das Bäumelein!“ die Rettung bringen.

So einfach ist die Sache aber doch nicht, wie man es sich gedacht hatte. Schweden ist zwar bereit, auf sein Bäumelein zu verzichten — aber nicht zugunsten Polens, sondern Hollands oder Dänemarks. Das entspricht auch durchaus dem Abkommen, wonach Schweden als Vertreter der germanischen Staaten-

gruppe angesehen werden sollte. Tritt es zurück, so muß ein anderer Staat dieser Gruppe an seine Stelle treten. Damit wäre aber Polen nicht geholfen. Also müssen noch mehr Bäumelein verwechselt werden: Die Tschechoslowakei soll zugunsten Polens verzichten. Angeblich hat die Kleine Entente diesem Vorschlag zugestimmt, doch soll sich der Beizicht nur bis zum Herbst erstrecken. Dann soll Jugoslawien an Stelle der Tschechoslowakei einen Sitz erhalten. Man will also zum Herbst offenbar unter allen Umständen eine Ratsvergrößerung vornehmen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob dieses Programm durchführbar ist. Vorläufig droht noch immer das veto Brasiliens gegen den deutschen Ratssitz. Andererseits sollen elf südamerikanischen Staaten die Forderung erhoben haben, daß jetzt nur Deutschland einen Sitz erhält, alle übrigen Fragen aber bis zum Herbst vertagt werden. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Verteilung der nichtständigen Ratssitze Sache der Vollversammlung ist. Wie sich diese aber entscheiden würde, läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Sollte sich aber dennoch alles so abspielen, wie es sich die Genfer Spielführer ausmalen, so wäre Deutschland wieder einmal der Geppelt.

Als sich Deutschland mit dem Eintritt in den Völkerbund einverstanden erklärte, mußte es sich darüber klar sein, daß Polen früher oder später einmal einen der nichtständigen Sitze im Völkerbund erhalten würde. Wie schon der Name sagt, sollen die nichtständigen Sitze von Zeit zu Zeit wechseln, und wenn sich in der Vollversammlung eine Mehrheit für Polen findet, so muß sich Deutschland damit abfinden. Mit der Möglichkeit, daß Polen vielleicht schon im Herbst einen nichtständigen Ratssitz erhalten würde, mußten wir also von Anfang an rechnen. Wenn wir uns dieser Gefahr nicht aussetzen wollten, so durften wir überhaupt nicht in den Völkerbund hinein.

Aber nicht darum handelt es sich jetzt in Genf. Polen will nicht nur gelegentlich einmal einen nichtständigen Ratssitz erhalten, sondern es will gleichzeitig mit Deutschland in den Rat hinein und solange darin bleiben, wie Deutschland darin sitzt. Die Forderung Polens ist ein Ausfluß seines Größenwahns, und wenn sie erfüllt wird, so wird sich dieser Größenwahn ins Ungemessene steigern, und das wird sich natürlich in erster Linie gegen Deutschland auswirken. Das Bedenklichste an der ganzen Sache aber ist, daß die deutschen Vertreter nach dem von ihnen bisher eingenommenen Standpunkt kaum eine Handhabe haben, um diese Schiebung zu verhindern. Die deutschen Bedingungen werden dabei dem Wunsch an den nach erfüllt. Eine Erweiterung des Rates durch ständige oder nichtständige Sitze käme vor Deutschlands Eintritt nicht mehr in Frage. Dem Geiste der deutschen Forderung würde allerdings diese Lösung in keiner Weise entsprechen. Durch ein Hintertreiben, an das man deutscherseits nicht gedacht hatte, will man Polen in den Rat hineinschmuggeln, nachdem ihm an der Vorbereit der Führer den Eintritt verweigert hatte.

Genfer Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Der Rat fordert Abbruch der Tagung.

Genf, 16. März, 9 Uhr 30 Minuten abends. Nach den letzten Besprechungen Chamberlains und Briand mit den deutschen Delegierten wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht: Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den aufgetauchten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich bei der Durchführung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriff waren, zu einer Übereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren. Falls — wie zu befürchten ist — die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte des Protokolls von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Bedauern fest, daß das Frierenswerk, das sie in Locarno verwirklicht und das in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Überzeugung, daß bei der nächsten Vollerversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verhandlungen, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.

Genf, 16. März, 11 Uhr nachts. In gemeinsamer Sitzung haben die Ratsmitglieder mit sieben gegen drei Stimmen beschlossen, bei der Vollversammlung den Antrag auf Vertagung des deutschen Aufnahmegerüdes bis zum September zu stellen. Belgien, Japan und Schweden stimmten dagegen.

Genfer Allerlei.

Ein demokratischer Ausflug.

Reichsfinanzier Dr. Luther und Dr. Stresemann unternahmen am Donnerstag nachmittag einen Ausflug nach Montreux, von dem sie erst in der Nacht zurückkehrten. In Genf hatte sich deshalb das Gerücht

gebreitet, daß sie in Montreux eine Entscheidung in den Genfer schwebenden Fragen abwarten wollen und, falls die Entscheidung negativ ausfällt, nicht mehr nach Genf zurückkehren würden. In Wahrheit hatten sie ihren Ausflug nur so lange ausgedehnt, da sie in Genf doch nichts zu veräumen hatten. Es fanden wiederum nur fruchtlose Erörterungen hinter verschlossenen Türen statt.

Eine kühnliche Geheimnisnacht.

In diesen Geheimnisnacht scheint es übrigens recht lebhaft herzugehen, demnahe so temperamentvoll, wie im Prager Parlament. Der „Matin“ weiß wenigstens recht Erbauliches von der Wirkung des jüngst niedergelassenen Beschlusses der brasilianischen Delegierten habe wie eine Bombe gewirkt. Luitones de Leon sei nicht so weit gegangen, wie sein brasilianischer Kollege, er habe nur erklärt, daß Spanien noch immer beabsichtige, aus dem Völkerbunde auszutreten, weil es so schlecht behandelt worden sei. Die Ratsmitglieder, die das schwierige Kompromiß ausgearbeitet hätten, hätten ihre Wit nicht vermissen können.

Vandervele habe Mello Franco entgegengesehen, er treibe Mißbrauch mit seinen Rechten. Er begehe ein Verbrechen gegen den Weltfrieden. „Ihre Haltung,“ so habe Vandervele gerufen, „verfügt die Verträge von Locarno und führt den Ruin des Völkerbundes herbei.“ Mello Franco habe ironisch geantwortet, es sei seltsam, daß Europa den Brasilianern die Methode zur Aufrechterhaltung des Friedens lehren wolle. Briand und Chamberlain hätten eingegriffen, um die eckigten Gemüter zu beruhigen.

Ein neues Zwischenspiel.

Auch Rumänien will in den Rat.

Am Dienstag morgen trat eine neue Ueberraschung ein. Rumänien, von dem bisher überhaupt noch nicht gesprochen worden war, trat plötzlich mit dem Anspruch hervor, daß ihm als Vertreter der Kleinen Entente für den Herbst ein nichtständiger Ratssitz garantiert werde. Die Ratsmitglieder sollten sich deshalb schriftlich verpflichten, im Herbst einen neuen nichtständigen Sitz zu schaffen, oder einer der Inhaber der nichtständigen Sitze sollte die Verpflichtung übernehmen, sich vor der nächsten Vollversammlung zurückzuziehen.

Deutscherseits ist eine derartige Verpflichtung kategorisch abgelehnt worden. Dienstag vormittag hat Herr v. Schubert den französischen Delegierten Loucheur aufgesucht und ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß eine Bindung gegenüber der Kleinen Entente von deutscher Seite abgelehnt werden müsse.

Ein Protest des deutschen Ostbundes.

Der Deutsche Ostbund hat an den Reichskanzler in Genf nachstehendes Telegramm gerichtet: „In schwerer Sorge auf Grund hier eingetroffener Nachrichten bitten wir, feinerlei Bindung für ständige oder nichtständige Sitze Polens im Völkerbundrat einzugehen, sofern Sie und Reichsaußenminister Stresemann Wert auf vertrauensvolle Mitarbeit des Deutschen Ostbundes legen, der die ostmärkisch eingestellten Deutschen aller Parteien umfaßt, darunter mehr als 900 000 von Haus und Hof Vertriebene.“

Die englische Arbeiterpartei dankt Schweden.

Am Montag ist ein von 23 Parlamentenmitgliedern der englischen „Labour Party“ unterschriebenes Telegramm an den Premierminister von Schweden gelangt worden, in dem sie ihm für die Europa und den Völkerbund geleisteten Dienste danken und ihn dringend bitten, nicht von dem Sitz im Völkerbundsrat zurückzutreten.

Der Femeauschuß.

Kutners Bericht.

Im Feme-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags wurde am Dienstag in öffentlicher Verhandlung vom Udg. Kutner (Soz.) der Bericht über die bisherige Beweisaufnahme erlassen. Der Berichtserfasser hob zunächst hervor, daß sein Teilbericht sich lediglich auf den Fall des 5000-Mark-Darlehens beziehe. Die Aussagen der einzelnen Zeugen hatten in den wichtigsten und entscheidendsten Fällen in krafftem, unvereinbarem Widerspruch zueinander gefunden. Schuld habe der der Schwarzen Reichswehr eine weit über seinen Rang hinausgehende Stellung gehabt; er sei der tatsächliche Leiter und Führer der Schwarzen Reichswehr gewesen.

Eine Beteiligung an dem künftigen Bundesrat-Putsch hätte Schulz nicht nachgewiesen werden können.